

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale

Vereinigte Bundesversammlung Assemblée fédérale (Chambres réunies)

1998

17., 18. und 19. Sitzung der 45. Amtsdauer
17^e, 18^e et 19^e séance de la 45^e législature

Siebzehnte Sitzung – Dix-septième séance

Freitag, 6. November 1998
Vendredi 6 novembre 1998

14.30 h

Vorsitz – Présidence: *Leuenberger Ernst (S, SO)*

Jubiläumssitzung «150 Jahre Bundesversammlung» Séance solennelle «150e anniversaire de l'Assemblée fédérale»

Berner Bläserquintett – Quintette à vents de Berne

Ferenc Farkas (1905)
Ungarische Tänze aus dem 17. Jahrhundert
Danses hongroises du 17e siècle
(Intrada – Allegro moderato)

Präsident: Herr Bundespräsident, Frau Vizepräsidentin des Bundesrates, meine Herren Bundesräte, Herr Ständeratspräsident, meine Damen und Herren Mitglieder des Ständerates und des Nationalrates, verehrte Referentin, verehrte Referenten, liebe Gäste, liebe Fernsehzuschauerinnen und Fernsehzuschauer!

Diese Einleitung gibt mir Gelegenheit, die Abwesenheit von Herrn Bundesrat Moritz Leuenberger zu entschuldigen, der eine unaufschiebbare Verpflichtung gegenüber dem französischen Verkehrsminister hat. Vielleicht gelingt den beiden Herren etwas Zukunftsträchtiges!

Die Vereinigte Bundesversammlung tritt heute, gegen das Ende des Jubiläumsjahres «150 Jahre Bundesstaat», zu ei-

ner Festsitzung zusammen. Wir wollen damit zweierlei zum Ausdruck bringen:

1. Wir erinnern uns damit an den Montag, 6. November 1848, an den Tag, an welchem zum erstenmal in der Schweizer Geschichte die neu gewählten eidgenössischen Räte tagten. Ein Blick in die damaligen Ratssäle mag für Sie höchst interessant sein: Der Nationalrat zählte an sich 111 Mitglieder, es waren aber noch nicht alle gewählt; es kamen also noch nicht 111 zusammen. Laut Erich Gruner, dem Berner Politologen, waren von diesen 111 Nationalratsmitgliedern 87, also 80 Prozent, den Radikalen zuzurechnen, 10 dem Liberalen Zentrum; zudem gab es 9 Katholisch-Konservative und 5 Evangelisch-Konservative. Im Ständerat herrschten ähnliche Verhältnisse: 30 Radikale, 8 vom Liberalen Zentrum und 6 Katholisch-Konservative.

Für historisch Interessierte mag es ausserdem interessant sein, hier zu vernehmen, dass die erste Sitzung des Nationalrates im alten «Casino» stattfand, das just an der Stelle unseres heutigen Parlamentsgebäudes stand. Nationalratspräsident wurde der Berner Ulrich Ochsenbein, aus Nidau – von den Konservativen auch als «Freischarengeneral» bezeichnet. Dem Ständerat wurde das «Rathaus zum Äusseren Stand» an der Zeughausgasse als Tagungsort zur Verfügung gestellt. Erster Ständeratspräsident wurde Jonas Furrer aus Winterthur. Beide waren nur rund zwei Wochen lang Ratspräsidenten; beide wurden nämlich zehn Tage später in den ersten Bundesrat gewählt, Herr Jonas Furrer gleich auch zum Bundespräsidenten.

2. Wir wollen uns vom Zukunftsglauben der Staatsgründer von 1848 «etwas anstecken lassen» und uns heute Gedanken über die Zukunft unseres Wirkens, über die Zukunft der Politik, über die Zukunft der Institutionen und über die Zukunft unseres Landes machen.

Sie erinnern sich an die Anlässe dieses Jubiläumsjahres: Am vergangenen 4. Juni hat der Bundesrat die Staatsoberhäupter der fünf benachbarten Staaten, die Vertreterin der Präsidentschaft der Europäischen Union und eine Vertreterin der Uno in diesem Saal empfangen, um die heutige schweizerische Verbundenheit mit unseren Nachbarländern, mit Europa und mit der ganzen Welt zu betonen. Sie erinnern sich ebenfalls des 12. Septembers, als der Bundesrat die Kantonsregierungen, Vertreterinnen und Vertreter der Jugend, Vertreterinnen und Vertreter von Wissenschaft und Kultur auf dem Bundesplatz empfangen hat. Dieser Anlass hat an den 12. September 1848 erinnert, an den Tag, als die Tagsatzung zusammentrat, um die Annahme der Bundesverfassung durch Volk und Stände festzustellen.

Junge Leute haben am 12. September 1998 in Tanz und Aktion die heutige und zukünftige Schweiz, «ihre» Schweiz, zur Darstellung gebracht. Wir wollen diesen jungen Leuten heute von hier aus nochmals für dieses eindrückliche Engagement und ihre Darbietungen danken.

Ich darf sodann einige Anwesende ausserhalb des «Normalbestandes» der Vereinigten Bundesversammlung speziell begrüssen: Ich begrüsse als externe Referentin und externe Referenten die Philosophin Annemarie Pieper aus Basel, den Architekten Mario Botta aus Lugano und den Historiker Jean-Claude Favez aus Genf.

Ich begrüsse sodann mit Freude die Vertretungen aller sechszwanzig kantonalen Parlamente und werte die Teilnahme der Präsidentinnen bzw. Präsidenten der Kantonsräte, der Landräte, der Grosse Räte und des Parlament jurassien als Ausdruck des Willens, den Föderalismus als Gestaltungselement schweizerischer Politik zu leben und sinnvoll weiterzuentwickeln. Es ist mir etwas sehr Positives aufgefallen: Zehn von sechszwanzig kantonalen Parlamenten werden derzeit von Präsidentinnen geleitet, was immerhin eine Quote von 40 Prozent ausmacht und gewiss zukunftsversprechend ist. *(Beifall)*

Besonders willkommen heissen darf ich sodann die ehemaligen Mitglieder des Bundesrates sowie die Damen und Herren alt Präsidentinnen und alt Präsidenten des Nationalrates und des Ständerates. Ich begrüsse sodann die Präsidenten des Bundesgerichtes und des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes. Unser Gruss gilt weiter den Damen und Herren Chefbeamtinnen und Chefsbeamten des Bundes.

Es freut uns auch immer wieder, wenn wir die städtischen Behörden von Bern bei uns begrüssen dürfen, heute angeführt durch die Frau Stadtratspräsidentin und den Herrn Stadtpräsidenten. Die Bundesversammlung ist den städtischen Behörden von Bern dankbar, dass sie den eidgenössischen Räten, der Bundesverwaltung und selbstverständlich dem Bundesrat seit 150 Jahren Gastrecht gewähren. Der Herr Stadtpräsident weiss sogar zu berichten, dass der erste Bundesrat mangels eigenen Gebäudes jeweils im Erlacherhof getagt habe, dort, wo heute die Stadtregierung ihre Sitzungen durchführt. Die Tatsache, dass die städtischen Behörden demnächst eine Jubiläumsfeier durchführen, um an den Tag zu erinnern, als die Parlamentskammern beschlossen, Bern zur Bundesstadt zu bestimmen – dass sie diesen Anlass feierlich begehen –, werten wir als Zeichen dafür, dass sie uns noch eine Zeitlang behalten wollen.

Ich begrüsse sodann die Medienschaffenden, die den Behörden aller Stufen immer wieder helfen, ihre Botschaften in allen Gegenden des Landes zu verbreiten. Medienschaffende auch, die geschützt durch die verfassungsmässig verbrieft Pressefreiheit ihre Arbeit, mal wohlwollend beobachtend, mal eher kritisch würdigend, zum Wohle von Land und Volk ausüben oder mindestens ausüben wollen. Gewiss, ohne Spannungen zwischen Behörden und Medienschaffenden ist das nicht zu haben. Der grosse – leider verstorbene – Publizist Oskar Reck hat jeweils gesagt: Dort, wo keine Spannungen zwischen Medien und politisch Handelnden bestünden, herrsche nicht Demokratie, sondern Diktatur.

Ich heisse auch alle jetzt nicht namentlich erwähnten Gäste bei uns sehr herzlich willkommen!

Ich erlaube mir, in zwei, drei Worten auch auf die Zukunft dieses Landes einzugehen und zu unterstreichen, dass wir, dieses Land, dieses Volk, Zukunftsprojekte brauchen. Wir brauchen die Begeisterungsfähigkeit weitester Kreise für Zukunftsprojekte; wir brauchen aber auch den unverbrüchlichen Glauben an die Zukunft dieses Landes Schweiz. Zentral ist der Wille zur Innovation in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Was wäre denn – wie Ernst Bloch einmal gefragt hat – menschlicher, als über das hinauszugehen, was ist? Natürlich werden in diesem Zukunftsdiskurs einige Leute auch Horrorvisionen entwickeln. Ich füge bei: Auch das brauchen wir aus dialektischen Gründen. Dieses Land hat eine Zukunft. Dieses Land hat Zukunftsprojekte. Ich nenne: Schweizer Solidarität mit den vom Elend in der weiten Welt Betroffenen tut not. Die Idee der Solidaritätsstiftung zeigt den Weg, die Weiterentwicklung der humanitären Tradition ist die Verpflichtung dazu.

Die Schweiz braucht kreatives Arbeiten an neuen Modellen des sozialen Ausgleiches. Ich denke z. B. an die Verteilung der Arbeit auf alle arbeitswilligen und arbeitsfähigen «Hände und Köpfe», auch das ist ein Zukunftsprojekt. Denn ohne so-

zialen Ausgleich ist diese Schweiz nicht vorstellbar. Und nicht von ungefähr gehörten zu den grössten Bewährungsproben des heute 150jährigen Bundesstaates der Generalstreik vom November 1918 und das anschliessende jahrzehntelange Ringen um den sozialen Ausgleich.

Die Schweiz braucht die Annäherung an Europa. Die Europäische Union ist nämlich auch ein Friedenswerk, an dem mitzugestalten eine vornehme schweizerische Aufgabe sein könnte. Die Schweiz mit ihrer reichen Erfahrung als Friedensstifterin wird in den Vereinten Nationen, in der Uno, erwartet.

Und zuletzt, aber nicht das Mindeste: Endlich wird sich diese Schweiz zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine zeitgemässe, moderne Bahninfrastruktur geben. Auch das ein Zukunftsprojekt. *(Teilweise Unruhe)*

Wir haben die Aufgabe, unserem Volk Zukunftsvorstellungen aufzuzeigen. Wir haben die Pflicht, für kommende Generationen an der «Idee Schweiz» weiterzuarbeiten. Wir wollen das entschlossen tun, fröhlichen Herzens und offenen Sinns, zur Ehre der Staatsgründer von 1848. *(Beifall)*

Cotti Flavio, président de la Confédération: Berne s'était parée de ses plus beaux atours, ce 6 novembre 1848. Les maisons étaient ornées de couronnes, de guirlandes, de banderoles et de drapeaux. Solennel était le spectacle qu'offrait la ville, solennelle aussi fut l'entrée des 155 parlementaires dans les salles de réunion. Le soir, un banquet fut donné où – dit-on – le champagne et le vin coulèrent à flots. Et bien qu'on ne disposât que d'un crédit de 2400 francs en tout, la facture de ce fastueux dîner atteignit la coquette somme de 3600 francs. Vous le voyez, Mesdames et Messieurs, dès son premier jour d'existence, la Confédération était passée dans les chiffres rouges. *(Hilarité)* Pour aujourd'hui, le Contrôle fédéral des finances a pris des dispositions afin que, pour une fois, l'histoire ne se répète pas.

Deux semaines plus tard, le premier Conseil fédéral fut constitué. Mais je tiens à vous rassurer: aucune festivité n'est prévue cette année pour commémorer cet événement. En raison des difficultés financières de la Confédération, le Conseil fédéral a décidé, à la demande de mon collègue Kaspar Villiger, de renoncer à faire une proposition en ce sens. Je suppose que vous êtes d'accord, même – je le déduis de vos regards – très, très à contrecœur.

Depuis 150 ans, le Conseil fédéral et le Parlement travaillent ensemble. Une collaboration qui a fait ses preuves, qui n'est pas toujours allée sans frictions et sans tensions. Souvent, elle donne lieu à d'âpres débats et à de très durs échanges. C'est d'ailleurs un élément fondamental de notre démocratie. Mais une culture politique axée sur le consensus nécessite en tout premier lieu des relations constructives et loyales. J'ai pu constater amplement au cours de mes quinze ans d'activités politiques passés à Berne que cela – heureusement dans notre Etat – correspond à la réalité.

Dans le cas particulier de la politique extérieure, la collaboration avec les commissions parlementaires est elle aussi un motif de vive satisfaction, qui leur vaut toute notre reconnaissance. Au-delà des règles formelles, au-delà de la loi sur les rapports entre les Conseils, c'est l'esprit qui compte, c'est l'esprit qui anime les relations entre le Gouvernement et le Parlement; c'est simplement la confiance réciproque. Vous le savez, ce pays a parfois un penchant à l'autoflagellation. C'est pour moi une raison de plus d'attirer aujourd'hui l'attention de toutes les citoyennes et de tous les citoyens sur cet aspect réjouissant de la collaboration entre nos institutions. Ainsi, Mesdames et Messieurs les parlementaires, je voudrais vous adresser, au nom du Conseil fédéral, toutes mes félicitations à l'occasion du 150e anniversaire de l'Etat fédéral.

Ich hätte eigentlich gerne auch noch eine Torte gebacken. Aber angesichts einer allenfalls harschen, aber sicher redlichen Kritik durch die amtlichen und ehrenamtlichen «Konditormeister» Christian Speck und Hans Zbinden hatte ich dann doch wieder einige Hemmungen. *(Heiterkeit)*

Ich freue mich, einige Bemerkungen zum nun bald auslaufenden Jubiläumsjahr machen zu dürfen. Allerdings sollte da-

bei nicht der Eindruck entstehen, wir seien bereits am Jahresende angelangt. Es ist erst eine persönliche und provisorische Bilanz, die ich wage, die aber auf keinen Fall abschliessend gedacht ist.

Nicht nur der Rückblick auf die Geschichte, sondern auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte steht in diesem Jubiläumsjahr im Vordergrund. Wie kaum ein Thema der letzten Jahre hat die Debatte über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Emotionen geweckt. Wer die Hoffnung auf eine sachlich geführte Aufarbeitung der Vergangenheit gehegt hat, wurde oft enttäuscht. Meistens hatten die Spannungen ihren Ursprung im Ausland. Zweifellos haben die zum Teil inakzeptablen Angriffe auf unser Land uns Schweizerinnen und Schweizer verletzt. Wir haben uns stets dagegen gewehrt, dass das Wirken einer ganzen Generation über einen Leisten geschlagen wird. Eine trotz berechtigter Kritik letztlich durchaus positive Gesamtbilanz über die Kriegszeit dreist in ihr Gegenteil zu verkehren ist und bleibt unannehmbar.

Seit August scheint sich – aus den bekannten Gründen – die gereizte Atmosphäre zu entschärfen. Es ist zu hoffen, aber bei weitem nicht sicher, dass diese Beruhigung weiter anhält. Gelassenheit und Objektivität sind notwendiger denn je, denn unabhängig von den erwähnten Angriffen steht eines sicherlich fest: Die ernsthafte Aufarbeitung unserer Geschichte im Zweiten Weltkrieg bleibt für uns alle eine zentrale Aufgabe. Parlament und Bundesrat haben natürlich nicht deshalb Bundesbeschlüsse erlassen und Experten Aufträge erteilt, damit ein neues «geschichtliches Evangelium» präsentiert wird: von den einen gepredigt, von den andern geschluckt und von allen bald vergessen. Die «Übung» macht nur Sinn, wenn eine breite, vertiefte, auch kontradiktorische Debatte stattfindet. Es ist die Hoffnung des Bundesrates, dass sich die Rahmenbedingungen für diese Debatte weiter verbessern und dass die nächste Zeit für einen seriösen Dialog genutzt wird. Ich habe es bereits einmal vor dem Parlament gesagt, und es bleibt die Überzeugung des Bundesrates: Nur wer sich ehrlich mit der Vergangenheit auseinandersetzt, kann auch erfolgreich die Zukunft angehen. Kurz: Die Schweiz muss und wird ihren selbstgewählten Weg der Aufarbeitung und des Dialogs weitergehen.

Eine andere im Jubiläumsjahr weiter vertiefte und trotz aller Gegensätze dringend notwendige Diskussion dreht sich um unser Verhältnis zu Europa. Sie ist namentlich für den hoffentlich schnellen Abschluss der bilateralen Verhandlungen und den Blick darüber hinaus unerlässlich. In zwei Monaten ist die gemeinsame europäische Währung bereits Realität. Ich persönlich halte deren Einführung für die wichtigste Leistung der EU in den letzten dreissig Jahren. Wenn man sich bewusst macht, was die Währungsunion für finanzielle und wirtschaftliche Konsequenzen hat, wenn man sich darüber hinaus die politische und psychologische Bedeutung dieses Schrittes vor Augen hält, dann wird das Ausmass der wachsenden Beziehungsdichte unter den EU-Staaten augenfällig. Unter den 11 der 15 Länder, welche den Euro einführen, befinden sich alle unsere direkten EU-Nachbarn. Es ist zu hoffen, dass sich der Euro auf die Schweiz positiv auswirken wird. Aber so oder so werden wir von ihm stark betroffen sein. Doch statt mitzugestalten, statt unsere Interessen einzubringen, haben wir bei seiner Schaffung zugeschaut.

Wir verfolgen von ausserhalb der EU, wie Europa sich weiter vereinigt und weiterentwickelt. Die historisch sicherlich begründete Abgrenzung während der Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre lässt sich je länger, desto weniger rechtfertigen. Die Einführung des Euro verdeutlicht damit klar die drohende, unnötige und unseren Interessen immer mehr widersprechende Isolierung unseres Landes. Am Übertritt ins nächste Jahrhundert ist es deshalb absolut entscheidend, dass Unabhängigkeit nicht mit Abschottung verwechselt wird, Autonomie nicht mit Nachvollzug, Verantwortung nicht mit Verweigerung.

Das führt mich zu einem weiteren Punkt. In diesem Jahr hatte ich wirklich oft Gelegenheit, mit Mitbürgern und Mitbürgerinnen direkte und offene Gespräche zu führen. Ab und zu war eine gewisse Frustration festzustellen. Ist die Politik über-

haupt noch fähig, die anstehenden Probleme zu lösen? Ist das, was in Bern passiert, nicht fruchtlose Debattiererei, im besten Fall aufgeklärte Ratlosigkeit? Natürlich sind diese Fragen nicht neu. Die Kommentare zum «Betrieb» der Bundespolitik fielen schon früher ziemlich nüchtern aus. Etwa bei Gottfried Keller: «Wir wissen wohl, dass ein Kanton nicht ein Dutzend Washingtons oder Franklins auf die Beine stellen kann. Aber es hat doch gewiss Männer genug, deren vornehmlicher Refrain nicht immer ist: 'Herr Jesis, was wänd er au mache?'" Im Falle des Stimm- und Wahlrechtes der Frauen wäre sein Urteil sicher besser ausgefallen.

Im Grunde geht es aber um eine legitime Frage, denn heute wird es immer offensichtlicher: Politik muss bewegen, muss verbessern und darf nicht verharren wollen. Es gibt so viele Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen: die Arbeitslosigkeit, die Sicherung der Sozialversicherungen, die Sanierung der Bundesfinanzen, die Verbesserung des Wirtschaftsstandortes, die Umweltprobleme oder eben die Positionierung der Schweiz in der Welt. Das Jubiläumsjahr hat deshalb zu Recht auch zu vielen kritischen und grundsätzlichen Diskussionen darüber Anlass gegeben, wie die Zukunft unseres Landes gestaltet werden soll. Es ist auch gut so, denn herausfordernde Fragen müssen debattiert und dürfen nicht als Versuch gewertet werden, das Land irgendwie zu hintertreiben. Selbst wenn dabei das Denkmal des Sonderfalls einstürzt oder, besser gesagt, selbst wenn es darum geht einzugestehen, dass es bereits eingestürzt ist: diese Diskussionen sind in einer direkten Demokratie absolut unerlässlich.

Schliesslich steht das Jahr 1998 auch für eine Reihe von erfreulichen, leider aber auch von sehr traurigen Ereignissen. Allen voran der Absturz des Swissair-Flugzeuges vom 3. September bei Halifax. Ich möchte auch von hier aus die Angehörigen der Anteilnahme des Bundesrates versichern. Jene Tage gehören mit Sicherheit zu den dunkelsten dieses Jahres. Und nur weil das Unglück heute keine Schlagzeilen mehr macht, ist die Trauer der Hinterbliebenen nicht verschwunden. Traurig auch der Hinschied unseres Freundes und Kollegen Jean-Pascal Delamuraz, den wir heute schmerzlich vermissen.

Erfreulich auf der anderen Seite ist die konsequente Haltung des Schweizervolkes in einigen sehr wichtigen Volksabstimmungen. Erfreulich sind auch der Konsens am «runden Tisch» zur Sanierung des Bundeshaushaltes oder der Auftritt der Schweiz als Gastland an der Frankfurter Buchmesse. Im Eishockey liegt Ambri-Piotta an der Spitze des Klassements. Und im Albisgütli hat sich die Auns für den EU-Beitritt der Schweiz ausgesprochen – Entschuldigung, beim letzten Punkt habe ich um ein Jahr vorgegriffen. (*Heiterkeit*)

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung: Die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft und dieses Jubiläum liegen nur wenige Jahre auseinander, so dass es mir naheliegender scheint, die beiden Anlässe miteinander zu vergleichen. Niklaus Meienberg schrieb 1991, Jubiläumsjahre würden vor allem der Fahrentuchindustrie, der Bierindustrie oder den Festredenschreibern dienen. Schliesslich stellte er fest: «Und wenn dann, als spezielles Geschenk aus dem Bundesrat, 1998 kein Festzelt errichtet und kein Festspiel in Auftrag gegeben wird und nur jene Bundesräte sich in öffentlicher Rede ergehen, die über ein Minimum an historischer Bildung verfügen, also keiner, dann werden wir ein glückliches 1998 erleben.» Wir haben überlebt.

Siamo sopravvissuti, senza la tenda festiva – ma in compenso con Mario Botta qui presente – e anche, purtroppo, senza conoscitori di storia fra i consiglieri federali. Di fatto, le commemorazioni del 1991 e del 1998 lasciano in noi a un tempo impressioni vicine e anche totalmente diverse. Nel 1991, l'impressione di una situazione tesa, contraddistinta da dibattiti emozionali sui pregi e i difetti di una visione storica carica di miti, e anche da veementi proteste pubbliche: pensate per esempio al boicottaggio da parte della cultura. Nel 1998, meno euforia, meno emozioni esuberanti, ma – forse proprio per questo – maggiore approfondimento oggettivo ed una sana miscela di sobrio raccoglimento, di orgoglio e di serenità. Lo sguardo retrospettivo su un passato vicino, forgiato

dai nostri antenati, è stato abbinato a una folla di avvenimenti, piccoli e grandi, locali, cantonali e nazionali, benedetti o puniti dalle condizioni meteorologiche, ma tutti fonte di arricchimento. Per questo motivo vorrei esprimere il sincero grazie del Consiglio federale a tutte e a tutti coloro che si sono impegnati, quasi sempre volontariamente, per il successo di queste manifestazioni.

Per concludere, permettetemi ancora un'osservazione strettamente personale. In futuro, la funzione di presidente della Confederazione – con il suo carico già oggi intenso di impegni – sarà sempre meno conciliabile con la direzione di un dipartimento. È quanto mi hanno provato i miei due anni di presidenza, anche se è vero che si trattava di due anni giubilari con maggiori impegni di rappresentanza. Credo però che il problema non sia molto diverso in un anno di presidenza «normale». Le esigenze poste al «primus inter pares» sono talmente preminenti, da porre seriamente in forse, se la situazione, come tutto lascia prevedere, si accentuasse, una seria conduzione del dipartimento. Ovviamente non si tratterà sempre di ripercussioni visibili. E per il singolo, questo stato si protrae per un anno soltanto. Tuttavia ho voluto farvi parte di questa mia crescente esperienza personale anche nel contesto della riforma delle strutture di Governo da tempo in discussione. Dopo trent'anni di dibattiti – il rapporto Hongler risale al 1967 – la riforma delle strutture di Governo deve finalmente compiere passi concreti in vista del loro adeguamento alle nuove condizioni, alle nuove esigenze. Il Consiglio federale esporrà le sue considerazioni in merito nella procedura di consultazione che verrà avviata tra breve tempo. Un approfondimento concreto di questa tematica sarebbe un modo intelligente di concludere il giubileo e di iniziare sotto buoni auspici l'anno nuovo.

Con questa riflessione concludo il mio intervento. Auguro al nostro Parlamento, al primo potere, così strettamente legato al popolo – non per niente, caro Presidente Leuenberger, la Sua funzione di presidente dell'Assemblea federale fa di Lei il primo cittadino della Svizzera –, un compleanno all'insegna della gioia, ma anche della meditazione.

En quei senn: cordiala gratulaziun al Parlament per siu giubileum da 150 onns.

Irgendwie tut es mir jetzt trotzdem leid, dass ich keine Torte vorbereitet habe. Aber ich verspreche Ihnen: Beim 160-Jahr-Jubiläum bringe ich dann eine mit! (*Beifall*)

Präsident: Ich danke Herrn Bundespräsident Cotti für die freundlichen Worte an die Adresse des Parlamentes, aber insbesondere auch für seine Reformerbotschaft.

Berner Bläserquintett – Quintette à vents de Berne

Jacques Ibert (1890–1962)

Trois pièces brèves

(*Allegro – Andante – Assez lent/Allegro scherzando*)

Präsident: Wir dürfen nun drei Referate zum Thema «Zukunft der Politik» hören. Die vorbereitende Gruppe hat dazu bewusst drei Persönlichkeiten eingeladen, die Politik unter einem etwas anderen Blickwinkel sehen als wir. Sie können unser Gesichtsfeld je aus ihrer eigenen Warte erweitern und uns dazu anregen, eine auf künftige Generationen ausgerichtete Politik zu entwickeln und zu definieren. Wir danken Frau Pieper, Herrn Favez und Herrn Botta, dass sie diese Einladung angenommen haben. Wir haben also die Chance, eine Deutschschweizer Philosophin, einen Westschweizer Historiker und einen Tessiner Architekten zu hören.

Favez Jean-Claude, historien, Genève: Le XXe siècle se termine comme il a commencé, dans le désenchantement. Pourtant les deux totalitarismes nés de la Grande Guerre ont disparu, le premier grâce aux sacrifices des peuples des Nations Unies, le second dans l'effondrement d'un impossible futur. Mais, après la brève euphorie qui a accompagné la chute du mur de Berlin, nous devons le reconnaître, ce n'est pas la paix qui a succédé à la guerre froide, mais les affrontements tribaux et nationalistes, non pas la justice mais le désordre, non pas l'espoir mais les ressassements du passé. Le monde n'en a donc pas encore fini avec les guerres et les violences du siècle. Et, dans notre pays lui-même, nous n'avons pas encore mis au net notre mémoire du passé. En 1919, la Première Guerre mondiale s'était achevée par un traité de paix. Bon ou mauvais compromis, il entendait empêcher le retour de la catastrophe en posant les bases d'un nouvel ordre international fondé sur la démocratie et la sécurité collective. En 1945, l'espoir en un monde réconcilié n'a pas résisté longtemps à la division des vainqueurs. Aucun acte unique n'est donc venu répondre devant l'histoire à l'attente des survivants, jusqu'à la chute du mur de Berlin et son cortège de réminiscences. Les événements survenus depuis 1989 nous amènent même à nous demander si nous sommes encore capables de nous projeter dans l'avenir sans revenir du même coup sur le passé et ses mémoires antagonistes.

Oh, bien sûr, le monde d'avant 1914 n'était ni plus humain ni plus juste que le nôtre. Il l'était peut-être même moins, mais il espérait dans un avenir meilleur, car il avait confiance globalement dans le Progrès. Aujourd'hui, en dépit des innombrables découvertes scientifiques et techniques, nous ne croyons plus en ce dernier. Certes, nous demandons toujours à la raison de nous guider, y compris dans l'ordre politique. Et pourtant, là aussi, le cœur n'y est plus lorsqu'il s'agit de faire appel à la science pour surmonter les problèmes posés par les découvertes scientifiques elles-mêmes. Car, contrairement aux espoirs du passé, les choix planétaires auxquels nous sommes confrontés ne sont plus à la mesure de l'homme. Oui, le désenchantement contemporain est bien d'ordre fondamental, c'est-à-dire spirituel.

La question du Progrès, question d'avenir s'il en est, est posée à tous, mais notre pays lui fait face plus difficilement que d'autres, ce qui n'est guère surprenant. Pendant un demi-siècle environ, en désignant l'ennemi, la guerre froide nous a assigné une place dans l'ordre international. Elle nous a permis de distinguer le bien du mal. Nous avons cultivé des certitudes, partagées avec nos voisins, et fondées sur notre histoire. Ainsi, la neutralité recueillie non seulement l'adhésion quasi unanime de la population pendant la Seconde Guerre mondiale. Judicieusement mise en œuvre, elle nous permet, entre l'Accord de Washington en 1946 et l'accord de libre-échange industriel avec la Communauté économique européenne en 1972, de défendre nos intérêts sur la scène du monde, où nous sommes à la fois un petit Etat, une puissance économique et financière et une autorité en matière humanitaire.

La nouvelle donne internationale après la chute du mur de Berlin nous concerne directement, parce qu'elle représente une révolution, c'est-à-dire un changement brusque et radical de paradigme dans les rapports entre les nations. Or, toute l'histoire de la Confédération moderne – pour ne pas remonter plus en arrière dans le temps – s'est écrite sous le signe de la menace extérieure. En 1798, ce sont les armées du Directoire qui jettent bas cet Ancien Régime incapable de se réformer et devenu insupportable aux partisans des Lumières. Et en 1848 c'est la révolution en Europe, tout autant que l'humanité de Dufour qui évite l'internationalisation de la crise du Sonderbund, partant l'extension de l'affrontement militaire au-delà de sa portée politique. Mais, aujourd'hui, la menace extérieure a radicalement changé. Pour la première fois dans son histoire moderne, la Confédération est entourée de voisins qui ont décidé librement de mettre en commun leurs ressources humaines et matérielles et de promouvoir des valeurs politiques qui sont aussi les nôtres. En revanche, nous devons désormais faire face à des situations volatiles et à

des dangers qui demandent une riposte commune et permanente du fait de la disparition des précaires équilibres précédents. Je pense évidemment à la mondialisation des marchés dont dépend notre prospérité présente et surtout future, aux atteintes aux droits de l'homme, aux agressions contre l'environnement naturel, à la globalisation des réseaux d'échanges de toute nature. Du coup, la défense de la souveraineté, le maintien de la paix et de la sécurité, la recherche de la justice changent d'objectifs et de moyens, puisqu'ils passent désormais non plus par l'abstention des affaires des autres, mais qu'ils s'expriment de plus en plus par la prise en charge active, partagée et solidaire, des problèmes de tous. A quoi bon la neutralité dans ces conditions? La réponse ne concerne pas uniquement la défense nationale ni même en général la politique extérieure. C'est toute la culture politique de notre pays qui est impliquée ici, tant il est vrai que l'ordre intérieur et les relations internationales ne sauraient être séparés à l'époque des Etats-nations. N'est-ce pas en effet dans l'ombre portée de la neutralité que les pères fondateurs ont réussi le mariage de la modernité industrielle et de la tradition héroïque au XIXe siècle? N'est-ce pas grâce à la neutralité que la Suisse a pu agir au XXe siècle en faveur de la paix et secourir les victimes des conflits et des catastrophes? Epilogue d'une époque, la chute du mur de Berlin ne marque pas la fin de l'histoire. Elle est pourtant pour la Suisse la conclusion de la Seconde Guerre mondiale, et elle accélère la remise en question des certitudes de la guerre froide. Elle symbolise une crise qui, comme toute crise, porte à la fois son lot de craintes et d'espoirs. Jusqu'à maintenant les premières semblent l'emporter sur les seconds, notamment lorsqu'on demande aux spécialistes de mettre la mémoire collective à l'heure de l'histoire. Les raisons de cet examen de conscience qui se prolonge depuis quelques années nous échappent encore en grande partie aujourd'hui. Elles seront demain un objet d'étude pour l'historien du XXIe siècle, car elles ne s'expliquent pas seulement par des interventions extérieures, des stratégies médiatiques ou une relève de génération. Elles doivent être également mises en relation, j'en suis certain, avec la fin de la guerre froide et avec la disparition des repères idéologiques qui ont structuré le monde pendant un demi-siècle. La crise actuelle est donc aussi une crise de l'histoire, parce qu'elle implique autant notre avenir que notre passé.

Et de toutes les craintes qu'éveille en nous le spectacle des désordres contemporains, celle qui me paraît la plus fondamentale pour nous tous, aussi bien députés que femmes et hommes du peuple, c'est la peur de nous-mêmes. Je crois qu'il faut le souligner et nous poser cette question de façon tout à fait évidente, même si nous n'avons pas de réponse.

Chaque nation vit dans la certitude de ses particularités. La Suisse ne fait pas exception à cette règle. Ces dernières années, riches en commémorations patriotiques, en doutes intellectuels et en désarroi existentiels, discours officiels et spectacles folkloriques ont répété aux Suisses les raisons passées et présentes qu'ils avaient de se sentir différents des autres, c'est-à-dire suisses. Il n'est pas jusqu'à l'affirmation du pavillon helvétique de l'Exposition universelle de Séville, «la Suisse n'existe pas», qui n'affichait ainsi, il y a quelques années, notre singularité. Sérieusement, imaginez-vous un instant que la France ou que la Grande-Bretagne ait pu se poser cette question? Non bien sûr, car, indépendamment de leur avenir commun, ces puissances ont un passé, qui ne fut pas seulement héroïque – comme le nôtre –, mais qui imprima sa marque dans l'histoire.

Pourtant, sur le mode des particularités, la Suisse échappe au sort des petits pays, ce sort qui consiste à les réduire à des objets des politiques de puissances. Son affirmation devient celle de sa diversité culturelle en même temps que le moyen de sa survie et de son indépendance. De la Sainte-Alliance à l'Union européenne, la Suisse a pu ainsi cultiver sa différence et s'adapter, je dirais même s'accommoder, avec plus ou moins de bonheur, aux changements survenus sur la scène européenne ou dans ses marges. La tentation est dès lors grande de ne retenir que les avatars de la singularité helvétique et de négliger les formes multiples et permanentes

des solidarités européennes. A toute époque pourtant, il y a eu une Suisse ouverte sur le monde et un pays replié sur lui-même qui ont vécu de cette symbiose contradictoire. Durant la Seconde Guerre mondiale et encore pendant la guerre froide, la résistance spirituelle et la neutralité ont préservé l'indépendance nationale et la marge d'accommodement avec les puissances de l'heure, ce qui explique les querelles actuelles à propos de notre attitude durant le dernier conflit européen.

Regardons autour de nous. Nous ne sommes pas les seuls à douter présentement de notre singularité. Incertains de leur identité européenne, qui n'est pour l'heure qu'une construction économique et intellectuelle, les peuples de l'Union européenne hésitent également à abandonner toute référence à leur histoire. Après 50 ans de paix et de prospérité encore inégalement réparties, le sentiment national – regardons-le en face – reste vivant; il trouve dans le sport, la culture ou le tourisme d'autres formes d'expression que le nationalisme belligère des siècles précédents, ce qui est une bonne chose, avouons-le. Le patriotisme et même la nostalgie impériale, comme on l'a vu lors de la Coupe du monde de football cet été en France, peuvent encore susciter l'espace de quelques jours une véritable émotion populaire. Ainsi, ma conviction est qu'entre les institutions supranationales nouvelles et les régions historiques, l'Etat-nation occupera sans doute encore longtemps une place essentielle dans la vie politique et dans l'expression de la citoyenneté. Le politologue anglais Ernest Gellner disait il y a quelques années qu'un homme doit avoir une nationalité, comme il a un nez et deux oreilles.

L'avenir de la politique n'est donc pas une question qui concerne la Suisse seule, puisqu'elle se pose à ses voisins également. Et cet avenir n'est pas étranger à la commémoration de ce jour, puisque l'avenir de la politique en 1848 – et même déjà en 1798 – était bien de fonder un Etat moderne conforme à la raison, à l'histoire et aux besoins de ses citoyens, programme qui est toujours d'actualité en Europe.

C'est sur ce double registre du présent et du passé que nous devons prendre appui pour apprécier l'avenir de la politique. C'est sur ce double registre que nous devons aborder les attentes et les craintes de notre époque. Nous avons en effet peur de changer, et nous redoutons l'isolement auquel nous condamnerait une voie solitaire. Indécis, donc malheureux, nous nous demandons ce qui restera de nos institutions dans le cadre d'une participation à une communauté politique européenne quelle qu'elle soit. Question légitime et craintes compréhensibles. Le prix du changement sera certainement élevé, même s'il n'atteint pas le degré de violence du règlement de 1848 qui passa, nous l'oublions parfois, par un conflit armé. La neutralité n'est pas, n'est plus seulement un fondement de notre politique extérieure, mais elle fait partie de notre rapport à la société internationale. Le fédéralisme, les droits populaires, sont des institutions essentielles de notre culture politique. Que restera-t-il de l'identité helvétique ainsi mise en cause directement ou indirectement?

L'avenir de la politique appelle selon toutes probabilités des changements considérables. Mais ces derniers peuvent prendre souvent appui sur les institutions existantes, si l'on veut bien les saisir comme des instruments utiles aux transformations à venir, et non pas comme l'aboutissement de l'histoire. Les cantons, par exemple, peuvent retrouver les fonctions innovatrices qui furent les leurs durant tout le XIXe siècle dans le processus d'élargissement des droits démocratiques. La démocratie directe elle-même n'épuise pas toutes ses significations dans l'initiative populaire et le référendum, et bien d'autres moyens existent pour écouter la voix du citoyen actif et efficace. La neutralité, enfin, peut appeler le maintien de la paix et la prévention des conflits sur d'autres modes d'intervention que celui de l'abstention prudente.

Ainsi pour répondre à l'indécision, voire à la peur qui paralyse de nombreux compatriotes, il ne suffit pas d'invoquer l'héroïsme des ancêtres ni de célébrer la sagesse des pères fondateurs de la Confédération moderne. Il faut encore que s'instaure un débat démocratique et que soit combattu l'abstentionnisme qui est effectivement un phénomène plus que

préoccupant, alarmant. Le discrédit qui frappe depuis quelques années les responsables politiques et la politique en général ne doit pas nous laisser indifférents. Plus que jamais, la démocratie – et surtout la démocratie directe – a besoin de citoyens informés et préoccupés du bien commun, et pas seulement de militants ou de représentants d'intérêts particuliers, aussi légitime que soit la défense de ces derniers. Sinon notre régime ne résistera pas à la confusion qui tend à s'installer entre valeurs politiques et valeurs marchandes. La crise est là qui se charge de démontrer les dangers sociaux et politiques d'une libéralisation aveugle et les limites d'une transparence que l'on nous promettait mondiale parce que débarrassée de la présence de l'Etat, et dont nous n'arrivons plus à comprendre le sens aujourd'hui.

Le débat politique ne doit pas non plus être par avance clos par la recherche d'un consensus préalable à tout échange d'idées, à toute négociation. Depuis la seconde moitié du XIXe siècle, les mécanismes de pesée des intérêts des minorités sont devenus de plus en plus subtils, jusqu'à donner le sentiment que la finalité de la politique, comme on l'a vu dans le cas de la révision de la Constitution fédérale, était d'éviter précisément le débat politique.

Nous avons réduit la politique à la gestion des choses, voire, ce qui est pire, à celle des citoyens. Parce que la société moderne est complexe et que les questions à régler sont délicates parfois, nous faisons appel à l'expertise technique, notamment juridique. Mais cette dernière, aussi utile soit-elle, ne peut se substituer à la décision politique, ni soulager l'autorité du poids de sa responsabilité. Malgré ou peut-être à cause du perfectionnement de nos institutions démocratiques, nous craignons la politique. Dans notre apprentissage civique, elle nous est présentée, explicitement ou non, comme vouée à la division et à la violence, comme si l'ennemi campait toujours aux portes du Réduit national. La décision politique est comme envahie par la juridisation, et, de serviteur du processus législatif, le droit en devient le maître. Oh, bien sûr, les décisions qui devront être prises dans les années à venir ne seront ni simples ni faciles, et cela doit être dit clairement. Elles seront d'autant plus complexes que nous serons seuls à les prendre pour nous-mêmes, puisque nos compatriotes européens ont effectué, plus ou moins consciemment, le saut fondamental dans l'Europe. Et elles porteront sur des valeurs essentielles, existentielles, historiques, en un mot sur les principes qui doivent régir notre système politique, gérer notre société, fonder les bases de notre Etat. Elles mettront à l'épreuve la capacité de décision des autorités, du Parlement tout spécialement, de l'administration et des citoyens.

Nous pouvons ainsi non pas répondre à la question de l'avenir de la politique, mais boucler le cheminement qui nous ramène, inévitablement au présent et au proche passé. La chute du mur de Berlin nous a dépouillés de nos certitudes traditionnelles à l'abri desquelles nous avons vécu les guerres mondiales, y compris la guerre froide. Elle nous ramène à la décision politique, avec tout ce que cela comporte d'innovations qui nous font peur et nous inquiètent. Mais l'histoire qui nous a si souvent inspirés et que nous aimons bien invoquer peut encore nous aider. Car les événements de 1798 et 1848, dans leurs conclusions contradictoires, nous rappellent tous deux avec force que seuls les changements pris à temps nous ont permis de maintenir ce à quoi nous tenons. (*Applaudissements*)

Le président: Merci, M. Favez, de votre contribution. Vous avez réussi à dessiner de façon remarquable une fresque de l'histoire du siècle qui s'achève et qui nous a indiqué les lignes de force que nous devrons affronter au prochain millénaire. Comme vous venez de le dire, les décisions à prendre mettront à l'épreuve la capacité de notre Parlement qui devra agir en allant au-delà de nos certitudes traditionnelles.

Pieper Annemarie, Philosophin, Basel: Wie kann man etwas über die Zukunft der Schweiz sagen, wenn man nicht Cassandra heisst? Und vielleicht auch gar nicht Cassandra heissen möchte, weil die griechische Seherin mit einem doppel-

ten Handicap behaftet war? Sie wusste erstens nur Unheilvolles zu verkünden, und zweitens schenkte ihr niemand Glauben, so dass Troja, wie sie es vorausgesagt hatte, unterging. Da ich weder prophetische noch astrologische Fähigkeiten besitze, werde ich versuchen, auf andere Weise über die Zukunft der Schweiz nachzudenken.

Ich möchte dies so tun, dass ich das Augenmerk auf die Schweizer Geschichte lenke, ohne bestimmte Ereignisse oder historische Zusammenhänge ins Zentrum zu rücken, sondern indem ich allein auf die Ideen Bezug nehme, welche die Kontinuität und Identität dieser Geschichte verbürgen. Da Ideen eine sehr viel geringere «Veraltensgeschwindigkeit» als Tatsachen haben – sie stehen wie Fixsterne über der Geschichte –, strahlt ihre normative Kraft nicht nur auf die bisherigen Zeitläufe aus, sondern sie wirft ihr Licht auch voraus in die Zukunft.

Der 150. Geburtstag der Bundesversammlung, den wir hier heute feiern, ist ein würdiger Anlass, an ethisch-politische Ideen zu erinnern, die in der Schweiz von gestern entwickelt wurden und ein utopisches Potential enthalten, welches es erlaubt, das Bild einer Schweiz von morgen zu zeichnen, das zu diskutieren sich lohnt. Bekanntlich waren es immer Ideen, die die Welt bewegt haben. Ideen haben Revolutionen ausgelöst, ideologische Systeme heraufbeschworen, Neues hervorgebracht. Ideen zielen auf ein Ganzes, ein Ganzes freilich, das durch Verabsolutierung totalitär und terroristisch werden kann. Gleichwohl brauchen wir Ideen, denn – so Max Frisch – «man ist nicht realistisch, indem man keine Idee hat». Wer keine Idee hat, dem fehlt der Massstab, um die Realität sinnvoll zu gestalten.

Ideen eröffnen uns eine Welt, wie sie sein könnte und wie sie sein sollte. Wir stehen jedoch heute vor der Schwierigkeit, dass unzählige Ideen miteinander konkurrieren. Während für Platon und Aristoteles nur eine Idee den Zusammenhalt der Polisgemeinschaft garantierte – die Idee der Gerechtigkeit, verbunden mit einer Vorstellung vom guten Leben aller Bürger –, streiten sich heute unterschiedliche Ideen um die Vorherrschaft. Es geben vor allem ökonomische Ideen wie Nutzenwachstum, Leistung, Fortschritt, Rationalisierung in unserer Lebenswelt den Ton an und verdrängen die Ideen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit.

Um dieser eindimensionalen Denkweise entgegenzuwirken, müssen den «Schmalspurrexperten», denen der Blick für das Ganze abhanden gekommen ist, durch Generalisten mit Weitblick und Überblick die Augen geöffnet werden. Mit einem Ausdruck Johann Heinrich Pestalozzis gesagt: Kopf, Herz und Hand müssen wieder lernen, miteinander zu kommunizieren und zu kooperieren, damit der Mensch nicht physisch und psychisch verkrüppelt. Diese in der humanistischen Idee des Homo sapiens zusammengefasste Vorstellung von Ganzheitlichkeit hat sich aufgelöst.

Aus dem ursprünglichen synergetischen Zusammenspiel der Kräfte, das die Weisheit des Homo sapiens begründete, scherten Homo oeconomicus und Homo faber aus. Vom Kopf nahmen sie die moralblinde Zweckrationalität und von der Hand die mechanische Bedienfunktion mit, während sie das Herz als überflüssigen Gefühlsballast zur Privatsache erklärten. Diese Fragmentarisierung des Menschenbildes hatte verheerende Folgen. Der Kopf reduzierte sich ohne das Herz auf einen effizienten Rechenapparat, die Hand verlor über den mechanischen Bedienfunktionen ihre Gelenkigkeit und damit den kreativen Schwung, und das Herz nahm kopflos seine Zuflucht zu irrationalen Emotionen.

Wie können wir diese Zerrissenheit des modernen Menschen überwinden? Befragen wir grosse Schweizer Denker! Jean-Jacques Rousseau, Sohn eines angesehenen Genfer Uhrmachers, hat in seinem 1762 erschienenen «Contract social» Hinweise gegeben, wie ein ideales Staatswesen beschaffen sein muss, das ganzheitliche Bürger hervorbringt. Dabei diente ihm die Schweiz als Vorbild. «Wenn man beim glücklichsten Volk der Welt sieht, wie eine Schar Bauern die Staatsgeschäfte unter einer Eiche erledigt und sich immer vernünftig benimmt, kann man da umhin, das Raffinement der anderen Nationen zu verachten, die sich berühmt und elend machen mit so viel Kunst und Geheimniskrämerei?»

Auch wenn die Eichen als Versammlungsort der Politiker längst ausgedient haben, ist doch der von Rousseau an seinen Landsleuten gerühmte gesunde Menschenverstand ein wesentlicher Bestandteil schweizerischer Lebensart geblieben. Und geblieben ist auch die grosse Idee, die für ihn die Grundlage zwischenmenschlichen Umgangs war: die Idee der Freiheit. Gleich zu Beginn seiner Abhandlung konstatiert Rousseau: «Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten.» Auf die Frage, warum das so ist, gesteht er, keine Antwort zu wissen. Sogar in seinem Vaterland, im Paradies Schweiz, das er unermüdlich für das Glück preist, als freier Bürger in einem freien Staat leben zu können, entdeckt er Anzeichen von Unfreiheit. Allerdings ist er noch weit von der Diagnose Friedrich Dürrenmatts entfernt, der 1990 die Schweiz als ein Gefängnis charakterisierte, in welchem jeder «gleichzeitig frei, Gefangener und Wärter ist», insofern er sich selbst bewacht und eben damit seine Freiheit demonstriert. Immerhin scheint diese selbstgewählte Sklaverei noch durchaus komfortabler zu sein als jene, vor welcher Rousseau warnte: «Auch in den Verliesen lebt man in Ruhe; genügt das, um sich dort wohl zu fühlen? Die Griechen, die in der Höhle des Zyklopen gefangen waren, lebten dort ruhig und warteten, bis sie an die Reihe kamen, gefressen zu werden.»

Die Freiheit macht den Menschen zum Menschen. Aber da die Menschen sich aus unerfindlichen Gründen ihrer Freiheit gegenseitig berauben, bedarf es gesetzlicher Regelungen, die das Recht jeder Person auf die ihr von Natur aus zustehende Freiheit durch einen für alle gültigen Gesellschaftsvertrag schützen. «Wenn es ein Volk von Göttern gäbe» – so Rousseau –, «würde es sich demokratisch regieren. Eine so vollkommene Regierung passt (jedoch) für Menschen nicht.» Götter pflegen von ihrer Freiheit einen vernünftigen Gebrauch zu machen, wohingegen Menschen zur Unvernunft neigen, indem sie einer Gemeinschaft von Freien und Gleichen die Hierarchie von Herren und Sklaven vorziehen. Aus diesem Grund plädiert Rousseau für eine Aristokratie, wobei er jedoch an eine «auf Wahl beruhende» und nicht an eine «erbliche» Aristokratie denkt. Dies verträgt sich durchaus mit unserem Demokratieverständnis, dem gemäss sich das Volk als Souverän durch demokratisch gewählte Stellvertreter regieren lässt. Die Parlamentarier sind unsere Aristokraten; hier im Berner Bundeshaus sitzt – so verstanden – der versammelte Schweizer Adel.

Rousseau begründet seine Forderung, dass eine geistige Elite die Staatsgeschäfte in die Hand nehmen müsse, unter Anspielung auf Platons Philosophenkönige: «Es ist die beste und natürlichste Ordnung, dass die Weisesten die Menge regieren», und eingedenk seiner Einsicht, dass wir es ja mit Menschen und nicht mit Göttern zu tun haben, fügt er hinzu, «wenn man sichergeht, dass sie (zum Wohl des Volkes) und nicht zu ihrem eigenen regieren werden». Es scheint, auch Weise sind durch Macht korrumpierbar, ganz davon abgesehen, dass das Volk vielleicht nicht immer willens oder imstande ist, seine weisesten Vertreter mit den politischen Angelegenheiten zu betrauen. Überdies finden sich in den fehleranfälligen irdischen Demokratien heutzutage auch noch jene nicht gewählten, sondern selbsternannten Aristokraten, die mit der Macht des Geldes operieren und im Verborgenen unter der Bezeichnung Global player die Fäden in der Politik ziehen, so dass die Demokratie stets Gefahr läuft, von innen ausgehöhlt zu werden.

Rousseau war sich durchaus bewusst, dass seinem Modell in der Realität starke Widerstände erwachsen, aber im Vertrauen auf das Freiheitsbedürfnis der Menschen, vereint mit ihrem Drang nach sozialer Gerechtigkeit, ging er davon aus, dass letztlich der gesunde Menschenverstand den Sieg davontragen würde, selbst in einem so heiklen Bereich wie dem Steuerwesen: «Das Wort Steuer ist ein Sklavenwort; in der Polis ist es unbekannt. In einem wirklich freien Staat tun die Bürger alles eigenhändig und nichts mit Geld. Weit entfernt davon, sich von ihren Pflichten loszukaufen, würden sie dafür (sogar) bezahlen, sie selbst erfüllen zu dürfen.» Ob Rousseau hier nicht doch den Menschenstaat mit jenem der Götter verwechselt hat?

Jacob Burckhardt, ein nüchterner, klar denkender Mann aus Basel, hat jedenfalls rund hundert Jahre später in seinen «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» gemeint, Rousseau habe über seinem idealen Staat die historischen Realitäten, insbesondere die Menschen, wie sie wirklich sind, ein wenig aus den Augen verloren. Auch hielt er es für widersinnig, die Zukunft vorherwissen zu wollen, da man sich damit der Freiheit beraubt, das Zukünftige selber planend zu entwerfen und praktisch zu gestalten. Utopische Konstrukte haben für Burckhardt aber immerhin eine orientierende Funktion, vorausgesetzt, dass sie sich auf zwei Konstanten stützen, zum einen auf den «duldenden, strebenden und handelnden Menschen, wie er ist und immer war und sein wird», zum anderen auf den unvergänglichen, Kontinuität stiftenden Geist: «Der Geist ist die Kraft, jedes Zeitliche ideal aufzufassen.» Erst vom erhöhten Standpunkt des Geistes aus werden wir – wie Burckhardt es nennt – unseres nationalen «Knirpstums» ansichtig und begreifen den inneren Zusammenhang von Menschheit und Universum. «Das wahrste Studium der vaterländischen Geschichte wird dasjenige sein, welches die Heimat in Parallele und Zusammenhang mit dem Weltgeschichtlichen und seinen Gesetzen betrachtet, als Teil des grossen Weltganzen, bestrahlt von denselben Gestirnen, die auch andern Zeiten und Völkern gelehrt haben, bedroht von denselben Abgründen und einst heimfallend derselben ewigen Nacht und demselben Fortleben in der grossen allgemeinen Überlieferung.»

Die Idee, die Jacob Burckhardt als Motor der Geschichte und damit als zukunfts wirksames Instrument herausstellt, ist die Idee der Grösse. Zwar will er die Politik nicht wie Rousseau in die Hände von Weisen legen, aber auch er betont die Geschichtsmächtigkeit grosser Persönlichkeiten, die sich durch Einzigartigkeit und Unersetzlichkeit auszeichnen. In ihnen – den Künstlern, Poeten, Philosophen – verdichtet und erneuert sich der Geist der Menschheit auf einmalige und doch zugleich allgemeinverbindliche Weise. Grosse Individuen, die vor allem Seelenstärke besitzen müssen, kann man allerdings nicht nach Mass herstellen. Sie sind Glücksfälle der Natur, deren «geheimnisvolle Verrechnung» für uns ebenso im dunkeln bleibt wie «die Ökonomie der Weltgeschichte». Das einzige, das wir nach Burckhardt tun können, um die Weichen für die Zukunft optimal zu stellen, ist «das Offenhalten des Geistes für jede Grösse (als) eine der wenigen sicheren Bedingungen des höheren geistigen Glückes».

Lassen wir als letztes noch einen Zugereisten, einen grossen Verehrer Jacob Burckhardts, zu Wort kommen, der sich über seine Wahlheimat Schweiz stets mit einer liebevollen Bissigkeit geäussert hat: Friedrich Nietzsche. Er bezeichnete sich gern als freien Schweizer, beklagte aber den «absurden Schweizer Patriotismus, der wie Schweizerkäse vom Schafe stammt und ebenso gelbsüchtig neidisch wie jener aussieht». Doch das «Schwyzerdütsch» liebte Nietzsche, und er meinte, den von ihm so genannten schweizerischen «Alpen- und Alpenthaltpflanzen des Geistes» – Gottfried Keller, Arnold Böcklin, Jacob Burckhardt – hätten die Deutschen nichts ausser nur annähernd Vergleichbares entgegensetzen.

Die Idee, die Nietzsche verkündete, heisst Europa. Damit bezog er sich nicht auf das gleichnamige Staategebilde; für dieses hatte er nur Hohn und Spott übrig: Europa leide unter einem «Hornviehnationalismus», der sich aus «Nationalitätenwahnsinn» und «Vaterlandstölpelei» speise – Nietzsche drückte sich immer etwas drastisch aus. Seine Idee von Europa zielte vielmehr auf eine Gesellschaft, in welcher sich die Nationalismen, deren Verabsolutierung er für die «letzte Krankheit der europäischen Vernunft» hielt – er sprach geradezu von einer nationalen Tollwut: «rabies nationalis» –, durch die Berührung mit dem Geist anderer Nationen auflösen, um das Ferment für einen neuen, höherrangigen Menschentypus zu bilden. Nietzsche war davon überzeugt, dass Multikulturalität und Rassenvermischung zu einer Potenzierung der geistigen und körperlichen Vorzüge aller Völker führen werden. Die «Erzeugung des europäischen Menschen» und die Entstehung der «vereinigten Staaten Europas» sollten zur Heraufkunft des kosmopolitischen Menschen führen, der als Weltbürger «ein Maximum von Anpassungskunst und

-kraft besitzt». Damit die Europäer des ausgehenden 19. Jahrhunderts lernen, sich zu entnationalisieren, schlug er ihnen «eine zeitweilige Verschweizerung» vor.

Wie Rousseau trat auch Nietzsche für eine aristokratische Staatsform ein. «Die Aufgabe ist, eine herrschende Kaste zu bilden, mit den umfänglichsten Seelen, fähig für die verschiedensten Aufgaben der Erdregierung. Alle bisherigen Einzel-Fähigkeiten (sind) in eine Natur zu centralisieren.» Der Staat muss von jener Elite regiert werden, die ihre gesamten erzieherischen Kräfte für die Höherentwicklung der zu menschlichen Herdentieren abgerichteten Europäer einsetzt, damit sie aufhören, so zu blöken, wie alle blöken. Der wahre Aristokrat ist «der sehr reich entwickelte Mensch»; er lebt «grosse Zeiträume, ganze Jahrhunderte voraus in den verschiedenen Phasen seiner Natur». Es sind Ausnahmemenschen, «Übermenschen», die imstande sind, sich gegen den geistigen Verfall zu stemmen und dem «Europäer der Zukunft» Wege aus der Enge regionaler Beschränktheit in eine transnationale Weltgemeinschaft zu eröffnen.

Drei Ideen waren es, die sich im Rückblick auf Thesen bedeutender Schweizer Denker als zukunftssträchtig herauskristallisiert haben: die Ideen Freiheit, individuelle Grösse und Europa. Sie stellen, zeitgemäss adaptiert, die Schweiz von heute vor Herausforderungen, denen diese sich nicht nur in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, sondern auch im Umgang mit Menschen aus anderen Kulturkreisen gewachsen zeigen muss. Dabei sollte sie unbedingt auf ein bisher noch viel zuwenig genutztes «Kräftereservoir» zurückgreifen: die Frauen. Die grossen aristokratischen Individuen, auf deren Seelengrösse Rousseau, Burckhardt und Nietzsche gesetzt haben, sind ausnahmslos Männer. Weibliche Persönlichkeiten sprengten naturgemäss ihr patriarchales Vorstellungsvermögen. Rousseau hielt es zwar für politisch überaus wichtig, die Fruchtbarkeit der Frauen zu kontrollieren, doch seine eigenen fünf Kinder brachte er allesamt ins Waisenhaus. Burckhardt, um seine körperliche und geistige Mobilität fürchtend, räumte Frauen weder in seinem Leben noch in seinem Werk einen Platz ein. Und Nietzsche charakterisierte emanzipierte Frauen als missratene, gebäruntüchtige Weiblein, für die er bekanntlich die Peitsche empfahl.

Die Frau: seit Menschengedenken der blinde Fleck im Auge ansonsten umsichtiger Männer. Wo ist Helvetia? Sie zierte und zierte Münzen, Banknoten, Briefmarken, war also den Herren Schweizern stets lieb und teuer. Wenn diese jedoch ihre öffentliche Wertschätzung des Weiblichen auch in Zukunft möglichst nur in geprägter Form bekunden, die leibhaftigen Frauen im übrigen aber den Machtzirkeln der Männer fernhalten wollen, so haben sie die Rechnung ohne die Wirtin gemacht. Die Idee, die sie hochhält, ist die Idee der Gleichwertigkeit. Gleichwertigkeit fordert, dass Verschiedenes, also gerade seiner Natur nach Nichtgleiches, den gleichen Wert zuerkannt bekommt. Dies verlangt eine Änderung männlicher Denkgewohnheiten. Anstatt Ungleiches zu hierarchisieren, es einander über- und unterzuordnen – der Geist herrscht über die Materie, der Herr über den Sklaven, der Mann über die Frau –, geht es darum, eine horizontale Gleichheit herzustellen: Der Geist inspiriert die Materie, während die Materie ihrerseits den Geist befeuert.

Die Idee der Gleichwertigkeit will dem vertikalen Denken einen Riegel verschieben. Sie bezweckt also nicht eine Umkehr der Geschlechterrollen – frei nach Schiller: «Und drinnen waltet der züchtige Hausmann/ Der Vater der Kinder» Oder: «Alle Menschen werden Schwestern.» Wir sind vielmehr unterwegs in eine Zukunft, die hierarchische Beziehungsmuster im Licht der Idee der Gleichwertigkeit als inhuman verwirft. Befreien wir uns also aus dem Gefängnis im blinden Fleck des männlichen Auges. Nehmen wir Justitia die Binde ab, damit sie endlich die bunte Vielfalt des Verschiedenen sehen und das Nichtgleiche gerecht beurteilen kann, was ihr aufgrund der Verblendungen durch die arroganten Mechanismen der Macht bisher verwehrt war.

Sophia, die Weisheit, die die Philosophen seit jeher begehrt haben, muss zwar in ihrer weiblichen Form derzeit noch im Trojanischen Pferd männlicher Rhetorik daherkommen, um ihren eigenen Ideen Gehör zu verschaffen. Aber die Infiltra-

tion unserer Lebensverhältnisse mit geschlechterübergreifenden Visionen ist nicht mehr aufzuhalten. Weltweit als Vorreiterin einer wirklich menschlichen Lebensform aufzutreten wird der Schweiz, die einer ebenso sehr humanistischen wie humanitären Tradition verpflichtet ist, gut anstehen. Nur eine Utopie?

Wie pflegte Adrian Wettach aus Bern – alias der grosse Clown Grock – zu sagen, wenn er beglückt und erstaunt das Eintreten eines für unwahrscheinlich gehaltenen Geschehens kommentierte: «Nit mö-ö-ö-glich!» (*Beifall*)

Präsident: Herzlichen Dank, Frau Pieper, im Namen aller hier versammelten Abgeordneten – die zwar nicht Aristokraten sein wollen, aber doch Demokratinnen und Demokraten edelster Gesinnung. Sie haben uns daran erinnert, dass bei den grossen Schweizer Denkern die Ideen der Freiheit, der individuellen Grösse und Europas im Vordergrund standen. Sie haben uns für die Politik mit auf den Weg gegeben, das «Kräftereservoir» der Frauen zu nutzen. Die Nachhaltigkeit Ihrer Ausführungen stelle ich unter Beweis: Ich garantiere Ihnen, dass ich am 30. November diesen Sessel räumen und alles unternehmen werde, damit eine Frau ihn einnimmt! (*Heiterkeit*)

Botta Mario, architetto, Lugano: La mia comunicazione sarà di un generalista. Il privilegio che oggi mi è accordato di intervenire in questa assemblea è probabilmente dovuto alla speranza che un operatore esterno alla vita politica – l'invito è rivolto ad una filosofa e ad uno storico oltre che ad un architetto – possa dal suo particolare osservatorio intravedere qualche spiraglio rispetto agli interrogativi sempre più incalzanti che le recenti e rapidissime trasformazioni hanno portato nella vita del nostro Paese.

Dopo decenni dove l'unità nazionale si è via via consolidata di fronte ai conflitti e ai drammi esterni, oggi percepiamo sempre più un crescente disagio che ci interroga sulla nostra identità e sul nostro modo di essere e di reagire di fronte all'esplosione inattesa di problemi e conflitti che coinvolgono ormai il mondo intero.

Anche nel nostro Paese, in un contesto dove è possibile vivere in tempo reale le conflittualità e le contraddizioni che si agitano quotidianamente nel mondo, affiorano domande e perplessità su comportamenti e prospettive che sentiamo sempre più dipendenti dagli equilibri precari che si profilano tutt'intorno. Ma la rapidità delle trasformazioni che viviamo – la realtà ci corre davanti prima che noi la vediamo – fa sì che tutti noi, cittadini o letterati, intellettuali o artisti, scienziati o uomini politici, siamo sopraffatti dalla complessità dei problemi senza poter comprendere le ragioni e quindi senza poter avanzare risposte convincenti.

Qualche riflessione ci è possibile unicamente all'interno degli spazi che ci sono lasciati dal dubbio che si presenta paradossalmente oggi come unico connotato certo.

D'altronde devo riconoscere che anche nel mio lavoro di progettazione e di costruzione – di idee e di speranze, prima ancora che di edifici e di spazi –, il territorio creativo più fertile si trova proprio all'interno dei contrasti che nel loro turbolento dibattersi riescono talvolta a sfociare nella sintesi e nell'equilibrio felice che richiede il progetto. Ma anche quando il progetto risponde alle attese della comunità e della storia, i significati e le interpretazioni più profonde e autentiche restano prerogative privilegiate più dei fruitori che non dello stesso autore.

Malgrado questi limiti, ho accettato volentieri l'invito rivoltomi per questo incontro, nella speranza che la testimonianza di un operatore all'interno della realtà quotidiana – l'architettura porta il mondo delle idee e delle speranze nel territorio reale – possa offrire un riflesso credibile delle opportunità, ma anche delle perplessità e dei dubbi che si presentano oggi ad un cittadino svizzero che vuole anche sentirsi cittadino del mondo.

Il nostro modo di essere svizzeri si è capovolto rispetto al recente passato dove la realtà interna al Paese, con le proprie istituzioni, i propri miti, i proverbiali servizi, l'organizzazione sociale, lo stesso paesaggio determinavano comportamenti

e attitudini che noi interpretavamo proprio nella ricchezza della diversità come patrimonio comune. Ora, da qualche tempo, con sempre più insistenza, situazioni ed eventi che fino ad ieri ci apparivano estranei o esterni alla nostra storia e alla nostra politica, entrano con forza come nuove componenti che svolgono un ruolo attivo e inatteso nelle scelte e nei comportamenti che accompagnano l'organizzazione della «polis».

Le pressioni esterne, cresciute attraverso la nuova mobilità e la rivoluzione elettronica, determinano forti cambiamenti che non è più possibile filtrare con i ritmi, le consuetudini e le tradizioni dovute ad un lento assorbimento, e impongono nuove condizioni di vita che irrompono con impeto nella storia di ogni giorno. Questo il più delle volte sconvolge il cittadino che per reazione cerca rifugio nel grembo dei valori conosciuti e consolidati.

La diversità che la Svizzera si era costruita in decenni di convivenza, di progresso e di pace rispetto ad altri Paesi, diversità che era interpretata fino a ieri come elemento positivo, oggi offre interpretazioni che volgono al negativo.

Ma forse, più semplicemente, la diversità che vivevamo fino a ieri con una punta di orgoglio, si è dissolta, annientata nei meandri del vuoto morale che caratterizza il nuovo mondo virtuale. Anche noi svizzeri dobbiamo riscoprirci con pregi e difetti che caratterizzano tutte le altre comunità. Come il proverbiale Re, anche la nostra cara, bella e pudica Elvezia si ritrova nuda.

In questa situazione i rapporti, per la verità da sempre difficili, fra cultura e politica sono destinati a complicarsi e ad inaspriarsi ulteriormente. Mi sembra che le ragioni della politica e quelle della cultura si trovino su due traiettorie distinte e parallele, destinate a rincorrersi reciprocamente ma senza possibilità di incontrarsi. La cultura attinge le proprie spinte e i propri ideali nella profondità dell'animo umano, dove il dubbio è parte integrante dei valori che si perseguono; la politica rincorre le ragioni di Stato con mediazioni continue nelle conflittualità esistenti.

Ora, credo che proprio la ricerca esasperata di un consenso generale fra interessi non sempre ideali, porti a risultati fragili e pretestuosi, incapaci di attivare slanci e ideali senza i quali è impossibile ritrovare obiettivi comuni. L'ordinaria gestione sembra ormai la finalità di molte azioni politiche; ma io voglio credere che l'attività politica debba non solo amministrare un Paese ma anche correggerlo e migliorarlo nelle sue più alte aspirazioni.

Il processo democratico che riconosciamo come strumento insostituibile per realizzare, fra interessi contrastanti, gli obiettivi del vivere comune, rischia di trasformarsi in esercizio a sé stante dimenticando le finalità per le quali si è costituito: da strumento si trasforma in obiettivo. In tal modo la democrazia ne esce logorata da un processo esasperato che offre solo soluzioni fragili che lasciano spazio ad altre iniziative – scientifiche, tecniche, economiche ecc. – che di fatto risultano poi realtà trainanti capaci di aggregare nuovi interessi e nuovi consensi.

Tutto questo è già una nuova realtà in gran parte del mondo occidentale, ed è in questo quadro che vanno valutate le capacità di resistenza e di rinnovamento del nostro Paese.

In questo contesto la tentazione di una organizzazione autarchica, rinchiusa su sé stessa a difesa dei presunti valori, è impraticabile e risuona pericolosa e perfino beffarda.

Esiste oggi, tutt'attorno al nostro Paese, un progetto, quello della costruzione dell'Europa, che preoccupa e intimorisce numerosissimi cittadini svizzeri. Eppure si tratta di un progetto di pace che sta maturando nel continente, dopo un secolo che ha registrato guerre e immani carneficine, un progetto di storia e cultura che ci appartiene, un progetto dove è forse ancora possibile difendere e rafforzare valori etici e civili da contrapporre alla corsa sfrenata della globalizzazione. Mi rifiuto di accettare che il solo denominatore comune di vita e di speranza per il mondo intero diventi l'economia e il libero mercato.

Come cittadino svizzero, mi sembra invece che sia proprio la nostra storia millenaria a rivendicare un ruolo attivo nella costruzione di nuovi equilibri, un ruolo dove sia possibile far in-

teragire il patrimonio di storia e di memoria che abbiamo avuto il privilegio di ricevere con altre nuove sfide comunitarie che si aprono con straordinarie prospettive per le generazioni future.

Lasciare un vuoto di una intera generazione fra l'Europa e il nostro Paese sarebbe colpa grave. Ridurci ad elemosinare accordi e privilegi è un atteggiamento che ci rende estranei alla costruzione di un nuovo mondo attraverso un progetto che porta con sé, se sappiamo leggerlo, il lievito di una possibile utopia.

Ora ho la speranza che nel cuore della vecchia Europa soggiacciono ancora, magari sopiti, quei valori di convivenza civile che dal profondo Mediterraneo hanno irradiato, pur fra tante contraddizioni, cultura e civiltà.

Questi oggi sono gli anticorpi che possiamo contrapporre alle barbarie, sono i valori che anche noi svizzeri abbiamo coltivato nella nostra lunga storia e che si offrono come strumenti per affrontare le contraddizioni di oggi e gli obiettivi di domani. Ma per far questo è necessario offrire chiarezza soprattutto verso noi stessi anche rispetto al recente passo.

Anch'io, come probabilmente numerosi altri cittadini, ho provato smarrimento e disagio di fronte alle ambiguità e ai silenzi che alimentano sospetti sul comportamento del nostro Paese durante la seconda guerra mondiale. La mia generazione ha avuto la grande fortuna di essere traghettata oltre la storia di quei terribili anni e di quei terribili conflitti, e di questo non possiamo che essere riconoscenti, ma ora tocca a noi farci pieno carico delle responsabilità – anche indirette – che come uomini siamo chiamati ad affrontare come debito di memoria rispetto a quel dramma che si è consumato accanto alle nostre case.

Non vi può essere prescrizione nel ricordo del male, se crediamo possibile il bene. Per questo esigiamo chiarezza, qualunque sia il dubbio che nutriamo verso quella travagliata storia. Lasciare volutamente ambiguità nell'interpretazione risuona come colpa grave. Il dramma e gli orrori che si sono verificati e che ancora si stanno consumando in questa Europa del Novecento sono parte della nostra storia e coinvolgono la nostra responsabilità morale di uomini, per il passato come per il presente, così per il futuro.

Di recente abbiamo visto come le istituzioni private, a loro modo, hanno risolto rapidamente le dolorosissime controversie su quegli anni bui; a noi cittadini resta l'amarezza del dubbio e la sensazione di essere stati sopraffatti anche nel pentimento e nella dignità di sentirci svizzeri.

«La barca è piena», si diceva in quegli anni. Ma oggi la metafora si ripete aggravata da sinistri ricordi. Forse storicamente in modo meno drammatico ma non per questo meno doloroso per gli uomini, le donne e i bambini che le vivono quotidianamente, le richieste di asilo nel nostro Paese si moltiplicano per centinaia di diseredati che fuggono le violenze dei nuovi nazionalismi.

Tutti noi sappiamo che i problemi posti da queste migrazioni sono infinitamente più grandi delle possibili soluzioni, e di questo ci sentiamo frustrati e impotenti. Ma questa tragedia che si propone alle nostre porte, dobbiamo saperla anche come la nostra tragedia. Una visita ai campi di rifugiati sui nostri confini potrebbe risultare salutare anche per molti di noi privilegiati, per riscoprire dal vivo quella «pietas» che dovrebbe sorreggere le leggi del vivere collettivo.

Tutti questi sono problemi che ci assillano e che richiedono emergenze continue, sono riflessi impietosi di questa nostra storia di fine millennio così carica di conquiste tecniche e civili e nel contempo così piene di barbarie che non possiamo che accogliere nella sua totalità come cittadini svizzeri e del mondo.

Le prospettive che si affacciano sono comunque straordinarie per le potenzialità di intervento che ci sono offerte e che solo attendono di meglio essere usate per la costruzione di un Paese globale più giusto e civile. Allora una attenzione particolare va riservata alla ricerca e allo spazio ritagliato dalla cultura che la comunità deve promuovere con forza e generosità come sola garanzia di un continuo controllo critico di cui abbiamo immenso bisogno in questo momento.

Il confronto che si programma anche come scontro fra le

nuove realtà virtuali e il nostro vecchio Paese, richiede di essere affrontato con valori solidi che oggi noi possiamo ritrovare negli spazi aperti dalla grande cultura umanistica, dentro il territorio della memoria, dove risiede la centralità dell'Uomo che saprà guidarci nella lotta di ogni giorno.

Nel suo memorabile discorso del 1990 in omaggio a Václav Havel, Friedrich Dürrenmatt, dopo aver grottescamente dipinto l'immagine della Svizzera prigioniera di sé stessa, scriveva: «La società non potrà mai essere giusta, libera, sociale, bensì soltanto più giusta, più libera e più sociale.» Sia questa anche la nostra speranza, sia questo anche il nostro impegno. (*Applausi*)

Präsident: Herzlichen Dank Herrn Mario Botta für seinen wahrhaft konstruktiven Beitrag zu unserer gemeinsamen Reflexion. Herr Botta, Sie haben die Bedeutung von Forschung und Kultur unterstrichen und uns die Anforderungen einer auf Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität bauenden Gesellschaft vor Augen geführt.

Berner Bläserquintett – Quintette à vents de Berne

Malcolm Arnold (1921)

Three Shanties

(*Allegro con brio – Andante – Allegro vivace*)

Zimmerli Ulrich (V, BE), Präsident des Ständerates: Wir haben die heutige Festversammlung dem Thema «Zukunft der Politik» gewidmet. Wir waren der Meinung, dass Gedenkanlässe im Grunde genommen nur dann Sinn machen, wenn aus Vergangenen Schlüsse für die Zukunft gezogen werden. Ein Schlusswort zur Zukunft zu sprechen wäre nicht nur anmassend, sondern geradezu ein Widerspruch in sich selber. Dass ich als letzter zu Wort komme, beruht auf der staatsrechtlich legitimierten Dramaturgie, die mit Rücksicht auf das Zweikammersystem verlangt, dass die Nummer zwei nach dem Präsidenten des Nationalrates, dem ersten Bürger des Landes, spricht. Das soll nicht heissen, dass der Ständerat und sein Präsident in der schweizerischen Politik sozusagen das letzte Wort beanspruchen. Wenn es schon so etwas wie ein letztes Wort in der Politik gibt, hat es hienieden, auf dieser Welt, das Volk.

Trotzdem: Wer sich zumal als aktiver Parlamentarier über die Zukunft der Politik Gedanken macht, müsste sich zunächst darüber klarwerden, was er unter Politik versteht. Politik heisst zuhören, begreifen, prüfen, sich streiten, verstehen, zweifeln, sich finden, überzeugen, bewegen, durchsetzen. Sie besteht – mit anderen Worten – zunächst in anspruchsvoller Gedankenarbeit mit dem Ziel, zum Wohl der Gemeinschaft erfolgreich bei der Suche nach Lösungen für Probleme mitzuwirken, die dem friedlichen Zusammenleben im Staat eigen sind.

Wer sich dieser faszinierenden Aufgabe nach dem Willen der Wählerinnen und Wähler zuwenden darf, hat sich auch mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Je länger und erfolgreicher die Geschichte eines Landes ist, desto anspruchsvoller ist diese Aufgabe. Wir bekennen uns zu unserer Geschichte und bemühen uns mit der einem Kleinstaat gebührenden Vorsicht und Zurückhaltung, Schlüsse für die Zukunft – auch für die Zukunft der Politik – zu ziehen. Dabei haben wir Anspruch auf Respekt und auf Anerkennung unseres guten Glaubens.

Aber es fehlt zurzeit etwas der Glauben an die Zukunft. Das mag teilweise auf die äusseren Umstände zurückzuführen sein, für die wir nicht viel können. Fast könnte man aber mei-

nen, dass wir stolz darauf sind, es in einer ganz besonderen Disziplin zur Meisterschaft gebracht zu haben, nämlich darin, im Rückspiegel in die Zukunft zu blicken! Wir zelebrieren den konstruktiven Rückblick. Jawohl, Herr Bundespräsident, es braucht mehr als aufgeklärte Ratlosigkeit, wenn uns an einer erfolgreichen Zeit und Zukunft der Schweiz wirklich gelegen ist. Aber wie schaffen wir dafür ein günstiges Klima? Sie ahnen es: mit der Politik – mit was denn sonst?

Die schweizerische Politik der Gegenwart ist Spiegelbild des aktuellen Zustandes der Gesellschaft in unserem Land. Mit Grund ist im Jubiläumsjahr immer wieder von einer gewissen Verunsicherung geschrieben und geredet worden. Unser Umfeld ist auf den verschiedensten Ebenen in Bewegung geraten. Viele tun so, als ob sie es nicht merkten, klammern sich an die Segnungen der Vergangenheit und üben sich in nachhaltiger Rück-Sicht. Wieder andere fühlen sich durch Aufforderungen angesprochen, die ihnen immer wieder eingeredete Unzufriedenheit mit gedanklich bequemen Pauschalangriffen auf die politischen Institutionen und ihre gewählten Exponenten zu kompensieren. Damit bleibt die Glaubwürdigkeit auf der Strecke, die wir so gern und so oft zur Legitimation unseres politischen Tuns anrufen.

Nein, so dürfen wir dieses Jubiläumsjahr nicht beenden, wenn wir unsere Verantwortung den künftigen Generationen gegenüber ernst nehmen! Die Politik hat Zukunft, aber wir müssen dringend etwas dafür tun – wir alle, die wir uns in dieser Feierstunde Gedanken darüber machen, wie es mit uns weitergehen soll.

Die Substanz unserer Demokratie ist intakt. Man glaubt an die Grundwerte unseres politischen Systems, das sich wiederholt unter schwersten Belastungen bewährt hat. Man müsste aber auch den Mut haben zu erkennen, dass es mit dem Einbau von ästhetisch gefällig wirkenden Fassadenisolationen, mit kleinen Dachausbauten und mit dem Anbau von Wintergärten im beschleunigten Bewilligungsverfahren nicht sein Bewenden haben kann. Wenn das Dach undicht geworden ist und die Leitungen verkalkt oder verrostet sind oder wenn gar der Baugrund ins Rutschen kommt, geht es um eine umfassende Sanierung des Hauses. Deshalb genügt die «mise à jour» unserer Bundesverfassung nicht, um unseren Staat zu renovieren, damit er den vielen zusätzlichen Belastungen standhalten kann, denen er in Kürze ausgesetzt sein wird.

Ich will damit nicht die gute Arbeit kritisieren, die Parlament und Bundesrat zusammen mit den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in den letzten Jahren immer wieder erfolgreich geleistet haben. Im Gegenteil: Ich möchte sie als eindrucksvolle politische Leistung anerkennen. Aber sie genügt nicht mehr – selbst wenn man in unserem Land aus gutem Grund mit Argwohn reagiert, wenn von sogenannten grossen Würfeln die Rede ist. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist die Zeit für umfassende Reformen unserer Institutionen wirklich reif. Wenn wir daran glauben, gibt es auch einen gutschweizerischen Weg zu ihrer Verwirklichung!

Ich möchte dies in meinem Schlusswort am Beispiel des Parlamentes zu skizzieren versuchen. Wir behaupten, wir seien Mitglieder eines Milizparlamentes. Miliz in diesem Sinne bedeutet, «sich brauchen zu lassen» für den demokratischen Staat, damit dieser seine vielfältigen Aufgaben möglichst bürgernah und unter Ausnutzung besonderer Fähigkeiten, Talente und Beziehungen der Direktbetroffenen erfüllen kann. Die Schweiz lebt in der Tat von Leuten, die mehr tun als ihre Pflicht, die also am Staat auf allen Ebenen aktiv mitbauen, ohne dafür eine besondere öffentliche Anerkennung oder ein Entgelt zu fordern, das der tatsächlich geleisteten Arbeit entspricht. Darauf sind wir mit Recht stolz. Von den in unserem politischen Milizsystem tätigen Personen wird erwartet, dass sie:

- genügend Zeit für ihr Amt aufzubringen vermögen;
- den Sachproblemen gewachsen sind;
- etwas von Management verstehen und die Führungsinstrumente zur Planung, Entscheidung und Kontrolle einzusetzen vermögen;
- das Instrumentarium der demokratischen Willensbildung beherrschen;

– kreativ und innovativ sind und aufgrund aller dieser Tugenden als Vorbilder anerkannt werden.

Aber: Wir verlangen damit Unmögliches, wenn wir ehrlich sind. Ein solches Milizsystem ist auf Bundesebene zur Illusion geworden. Als Mitglieder der Bundesversammlung müssten wir schon längst im Hauptamt – ich sage bewusst «Hauptamt» und nicht «Vollamt» – wirken, d. h., wir müssten vor allem anderen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sein. Allerdings haben wir die offenbar verfassungsmässig gewährleistete Freiheit, selber darüber zu entscheiden, welche unserer anderen Tätigkeiten wir vernachlässigen wollen, um unser politisches Mandat zu erfüllen. Bestehen wir diese Prüfung in unfreiwilliger Selbstdisziplin nicht, nimmt unser privates Umfeld irreparablen Schaden oder wir gefährden unsere Gesundheit. Und dann tun wir vor dem Volk noch so, als ob wir stolz darauf wären, dass unser eidgenössisches Parlament – mit Einschluss der gesamten Parlamentsdienste – den Bund im nächsten Jahr gleich viel oder gleich wenig kosten wird wie die Posttaxen der allgemeinen Bundesverwaltung oder die Bundesförderung des Tourismus, nämlich etwas über 40 Millionen Franken!

Ich weiss: Das Schweizervolk hat vor sechs Jahren eine Vorlage abgelehnt, die es den Parlamentarierinnen und Parlamentariern erlaubt hätte, sich eine bedürfnisgerechte persönliche Infrastruktur anzuschaffen. Am gleichen Tag lehnte das Schweizervolk auch eine Anpassung der Entschädigungen ab.

In der Demokratie hat das Volk das Parlament, das es verdient. Das Volk darf erwarten, dass sich Leute zur Wahl stellen, die den Anforderungen des Amtes gewachsen sind. Das Volk hat Anrecht darauf, dass die Gewählten sich im Rahmen ihres Pflichtenheftes – ja im Grunde genommen weit darüber hinaus – schonungslos für den Staat einsetzen. Das Volk fordert vom Parlament zu Recht rasche und gute Gesetzgebungsarbeit sowie wirksame Verwaltungsaufsicht. Das Volk weiss, dass die Kompetenz des Parlamentes immer mehr daran gemessen werden muss, wie ausländische Regelungen in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Das Volk darf erwarten, dass das Parlament seine Auslandkontakte im Rahmen seiner Kompetenzen intensiviert, damit die Schweiz ihre Rolle auf dem immer glatter werdenden internationalen Parkett selbstbewusst und erfolgreich spielen kann. Das Volk fordert – mit anderen Worten – zu Recht professionelle Leistung. Das alles ist indessen nicht mehr zu «Discountpreisen» zu haben – weder finanziell noch politisch-staatsrechtlich!

Das soll kein provokatives Klagelied sein, sondern ein auf ernster Besorgnis gründender Aufruf zu einer raschen Parlamentsreform. Mit Strukturen von gestern kann das Parlament die Aufgaben der Zukunft nicht mehr erfüllen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre und im Hinblick auf die Rolle des Parlamentes in einem modernen und leistungsfähigen Bundesstaat Schweiz bin ich überzeugt, dass sich Lösungen finden lassen, die den schweizerischen Sensibilitäten durchaus Rechnung tragen und trotzdem die nötige Professionalität auch institutionell garantieren. Weder brauchen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Zukunft ihren Wohnsitz nach Bern zu verlegen, noch muss der bewährte Sessions- und Kommissionenbetrieb grundlegend geändert werden, noch muss die Parlamentsverwaltung massiv erweitert werden. Aber die Präsidien und die Parlamentsleitung sind zu stärken. Ferner ist ein neues Dienstleistungskonzept der Sekretariate und der Parlamentsdienste überhaupt zu entwickeln. Es braucht ein neues System der Entschädigungen mit einem sozialen Auffangnetz, damit die Rekrutierungsbasis für Mitglieder des Parlamentes so bleibt, wie wir sie wollen, wie das Volk sie sich wünscht. Ein schweizerisches Modell mit der unabdingbaren breiten Rekrutierungsbasis und optimaler Durchlässigkeit ist machbar, wenn wir nur wollen! Der Anstoss muss von uns kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. An Ideen fehlt es uns sicher nicht. Packen wir die Aufgabe an! Wir haben gute Argumente. Sie werden vor dem Volk bestehen.

Das ist in meinen Augen die Zukunft – die Zukunft der Politik, dargestellt am Segment der Bundesversammlung. Viele Wi-

derstände werden zu überwinden sein. Aber wir haben keine andere Wahl, wenn wir an die Zukunft der Politik – und damit an die Zukunft einer selbstbewussten Schweiz – glauben. Wir haben allen Grund, dankbar dafür zu sein, dass wir diese Freiheit der Zukunftsgestaltung noch haben – mit dem Volk und durch das Volk im offenen, verantwortungsvollen Diskurs.

Lassen wir uns dabei von niemandem behindern! Im weltoffenen Genf verwendet man für Visionen den unübersetzbaren Leitsatz: «Le futur a un avenir.» Ich glaube daran! (*Beifall*)

Präsident: Sehr herzlichen Dank, Herr Ständeratspräsident, für Ihre Vorschläge. Ich nehme an, die Diskussion darüber wird uns und die uns nachfolgenden Präsidentinnen und Präsidenten noch eine Zeitlang beschäftigen.

Damit kommen wir zum Schluss dieser Festsitzung. Ich darf an erster Stelle dem Berner Bläserquintett für die exzellente musikalische Umrahmung unserer Jubiläumssitzung danken. (*Beifall*) Danken darf ich auch der Referentin und den beiden Referenten der heutigen Festsitzung.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass dieser Festsitzung ein zweiter Teil folgen wird, nämlich ein Konzert im Berner Casino. Sie haben sicher beachtet, dass das erste Stück, das das Orchester spielen wird, die Landeshymne sein wird – oder der Schweizerpsalm, wenn Sie lieber wollen.

Ich bitte Sie, sich jetzt in der Eingangshalle des Parlamentsgebäudes zu versammeln und mit uns auf das Geburtstagskind, die beiden Kammern des eidgenössischen Parlamentes, kurz anzustossen. Um 17.30 Uhr wollen Sie bitte Ihre Plätze im Konzertsaal eingenommen haben.

Schluss der Sitzung um 16.45 Uhr

La séance est levée à 16 h 45

Jubiläumssitzung «150 Jahre Bundesversammlung»

Séance solennelle «150e anniversaire de l'Assemblée fédérale»

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1998
Année	
Anno	
Band	VI
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Vereinigte Bundesversammlung
Conseil	Assemblée fédérale
Consiglio	Assemblea federale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.11.1998 - 14:30
Date	
Data	
Seite	2997-3007
Page	
Pagina	
Ref. No	20 045 361

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.